

Busch, Berthold

Article

Wie stark ist das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Union verflochten?

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Busch, Berthold (2015) : Wie stark ist das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Union verflochten?, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 42, Iss. 3, pp. 40-58,
<https://doi.org/10.2373/1864-810X.15-03-03>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157136>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 42



■ Berthold Busch

Wie stark ist das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Union verflochten?

Vorabversion aus: IW-Trends, 42. Jg. Nr. 3
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Dr. Oliver Stettes, Telefon: 0221 4981-697

groemling@iwkoeln.de · stettes@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de, die erforderlichen Rechte für elektronische Pressespiegel unter
www.pressemonitor.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2015 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Wie stark ist das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Union verflochten?

Berthold Busch, September 2015

Der europäische Binnenmarkt ist für die britische Wirtschaft von vorrangiger Bedeutung. Gleichwohl hat die EU als Zielregion für britische Waren und Dienstleistungen seit der Jahrtausendwende anteilmäßig an Bedeutung verloren. Das Vereinigte Königreich hat beim Warenhandel mit der EU ein Defizit, beim Austausch von Dienstleistungen weist es dagegen einen Überschuss mit der EU aus. Während die Bedeutung des Vereinigten Königreichs für Direktinvestitionen aus den EU-Staaten zugenommen hat, investierte das Land verstärkt in den außereuropäischen Märkten. Beim grenzüberschreitenden Vorleistungsaustausch ist es bei den Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, aber auch bei einigen Industriezweigen, wie der Chemie- und Energiewirtschaft, relativ eng mit dem Kontinent verflochten. Diese Branchen hätten nach einem sogenannten Brexit möglicherweise besonders unter Behinderungen bei dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr zu leiden.

Stichwörter: Europäischer Binnenmarkt, Direktinvestitionen, Handelsverflechtung, Vereinigtes Königreich

JEL-Klassifikation: F15, F21, F22

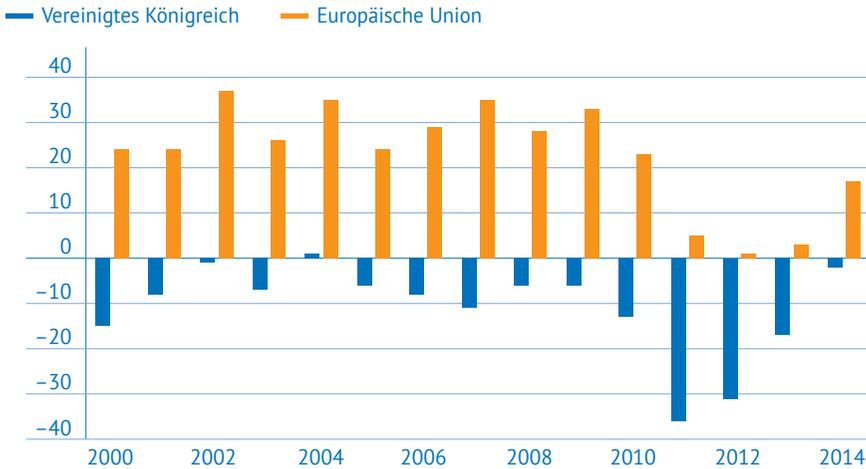
Skeptischer Blick auf Europa

Aus den britischen Unterhauswahlen vom Mai 2015 ist die konservative Partei als Sieger hervorgegangen. Für diesen Fall hatte der britische Premierminister Cameron angekündigt, bis spätestens Ende 2017 eine Volksabstimmung über den Verbleib seines Landes in der Europäischen Union (EU) durchzuführen (Busch, 2014). Die Einstellungen der Bevölkerung im Vereinigten Königreich (UK) gegenüber der EU können im Vergleich mit dem europäischen Durchschnitt als skeptisch bezeichnet werden: Nur 30 Prozent gaben bei der letzten Eurobarometerumfrage (Eurobarometer, 2014) an, die EU rufe bei ihnen ein positives Bild hervor. Geringere Werte gab es nur in Griechenland (23 Prozent) und in Zypern (24 Prozent). Dagegen hatten 32 Prozent der Briten von der EU ein negatives

Einstellungen zu Europa

Abbildung 1

Saldo aus positiven und negativen Bewertungen der Europäischen Union¹⁾ im Vereinigten Königreich und in der EU insgesamt, Angaben in Prozentpunkten



Frage: Ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor? Saldo aus positiven und negativen Antworten.
 Quellen: Eurobarometer; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/243487/storage/master/download/abb1.xlsx

Bild und 35 Prozent waren neutral. Bei dem Saldo (Abbildung 1) aus positiven und negativen Meldungen ergaben sich für das Land seit der Jahrtausendwende mit nur einer Ausnahme (2004) stets negative Salden, die in den Jahren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hoch ausfielen. Im Gegensatz dazu war die Differenz zwischen positiven und negativen Einstellungen in der EU insgesamt im gleichen Zeitraum stets positiv.

Das Vereinigte Königreich ist seit 1973 Mitglied der EU und unterhält enge wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen mit dem Staatenverbund. Im folgenden Beitrag wird auf Basis verschiedener Indikatoren für die vier Binnenmarktfreiheiten untersucht, wie stark das Vereinigte Königreich mit der EU verflochten ist und wie sich die Zusammenarbeit in den vergangenen 15 Jahren entwickelt hat. Ein britischer Austritt aus der EU hätte eine Reihe unmittelbarer Konsequenzen für die Beziehungen im Binnenmarkt. Eine potenzielle Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit dürfte negative dynamische Effekte für die britische Wirtschaft nach sich ziehen:

- **Warenverkehr:** Die Einführung von Zöllen ist möglich. Es können zusätzliche Handelskosten durch Zollabfertigungsverfahren, Ursprungszeugnisse und nicht tarifäre Handelshemmnisse entstehen. Das Recht auf gegenseitige Anerkennung nationaler Vorschriften erlischt. Vorleistungsverflechtungen werden erschwert und die Einbindung in innereuropäische Wertschöpfungsketten kann behindert werden.
- **Dienstleistungen:** Die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen und der Finanzplatz London können geschwächt werden. Das würde markante Strukturanpassungen zur Folge haben.
- **Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit:** Wenn diese Grundfreiheit des Europäischen Binnenmarktes entfällt, hat das Konsequenzen für britische Arbeitnehmer in der EU und umgekehrt. Der britische Humankapitalstock kann dadurch beeinträchtigt werden.
- **Kapitalverkehr:** Das Vereinigte Königreich wird für Investoren aus Drittländern uninteressanter, da der von dort mögliche ungehinderte Zugang zum Binnenmarkt wegfällt. Dies kann Direktinvestitionen erschweren und zum Abzug von Niederlassungen, vor allem von US-Konzernen, führen.

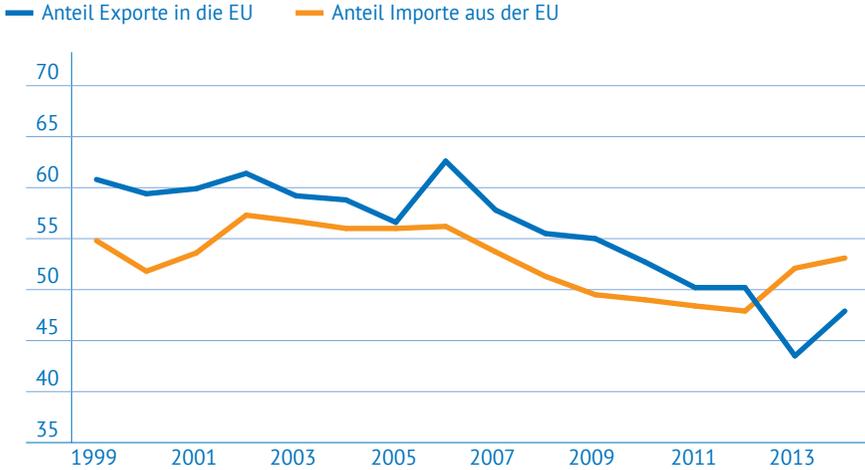
Rückläufige Warenhandelsanteile mit der EU

Das Vereinigte Königreich lieferte im Jahr 2014 knapp 48 Prozent seiner Warenexporte in die EU-Mitgliedstaaten. Die EU ist damit der dominierende Absatzmarkt für britische Waren. Gegenüber dem Jahr 2013 war sogar eine deutliche Zunahme des Anteils um mehr als 4 Prozentpunkte zu verzeichnen. Den längerfristigen Vergleich prägt jedoch ein deutlicher Rückgang (Abbildung 2). Im Jahr 1999 betrug der Anteil der Exporte, der in die anderen 27 Mitgliedstaaten ging, noch rund 60 Prozent. Demnach hat der europäische Binnenmarkt als Absatzmarkt für britische Waren in der längeren Frist an Bedeutung verloren. Diese Tendenz gilt allerdings auch für eine Reihe anderer EU-Staaten. Im Vergleich zur EU expandierte zum Beispiel auch in Deutschland der Handel mit den dynamisch wachsenden Schwellenländern deutlich stärker (Matthes, 2010).

Handelsverflechtungen des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Union

Abbildung 2

Anteil der britischen Warenexporte und Warenimporte mit der EU an den gesamten britischen Warenexporten und Warenimporten in Prozent



Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/243488/storage/master/download/abb2.xlsx

Auf der Importseite sind die Veränderungen weniger stark ausgeprägt. Die britischen Warenbezüge aus den anderen EU-Mitgliedstaaten haben in den betrachteten Jahren zwar ebenfalls an Bedeutung verloren, allerdings erheblich weniger. Der Anteil der britischen Importe aus der EU stieg nach dem Tiefpunkt im Jahr 2012 bis 2014 um gut 5 Prozentpunkte auf 53 Prozent an. Dies entspricht mehr oder weniger dem Niveau zur Jahrtausendwende. Werden die Import- und Exportzahlen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezogen, dann zeigt sich für die Exporte in die EU in der gleichen Untersuchungsperiode ein leicht rückläufiger Trend, bei den Importen ist der Trend dagegen leicht positiv.

Das wichtigste Abnehmerland britischer Waren mit einem Anteil von 12 Prozent waren 2014 die Vereinigten Staaten, gefolgt von Deutschland mit 9,8 Prozent und den Niederlanden mit 7,4 Prozent. An siebter Stelle rangiert mit 5,1 Prozent die Volksrepublik China. Im Jahr 1999 stand China erst auf Platz 27 der Kunden britischer Erzeugnisse. Auf der Importseite befand sich Deutschland im Jahr 2014 mit gut 14 Prozent als Lieferland an erster Stelle, gefolgt von der Volksrepublik

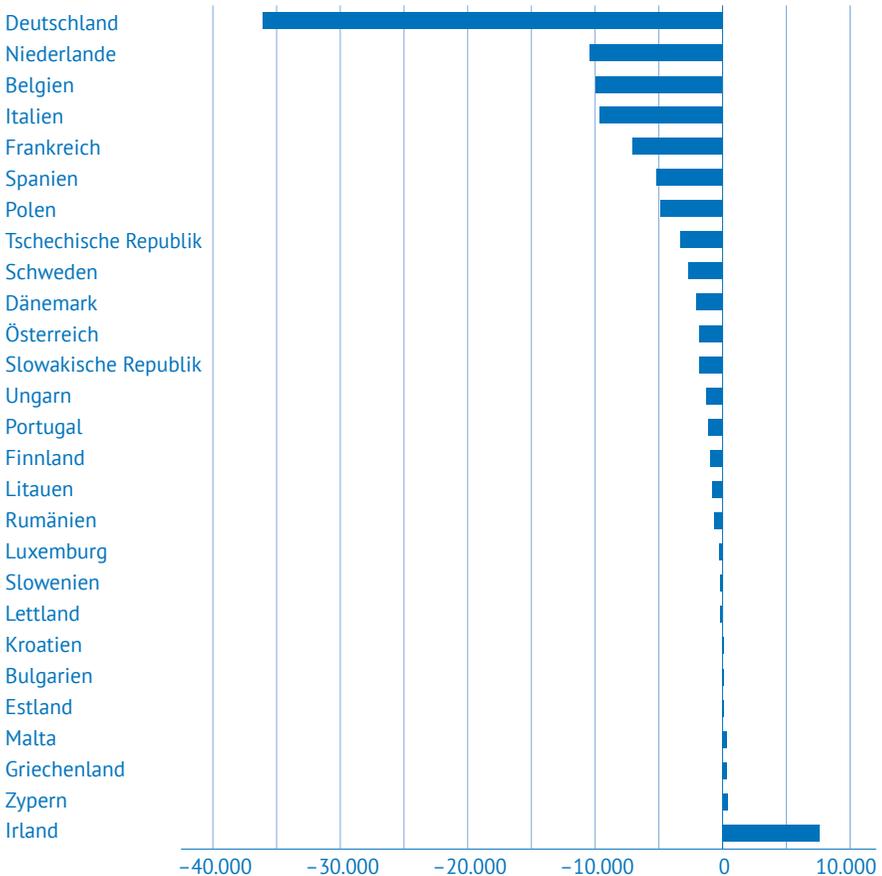
China (8,9 Prozent) und den Vereinigten Staaten (7,9 Prozent). Deutschland war schon 1999 mit 13,2 Prozent der wichtigste Lieferant und nahezu gleichauf mit den Vereinigten Staaten mit 13 Prozent. China war 1999 noch auf Platz 9 der Lieferanten mit 3,3 Prozent.

Im gesamten Warenverkehr hatte das Vereinigte Königreich gegenüber der EU ein Defizit von zuletzt fast 91 Milliarden Euro. Das entspricht rund 4 Prozent des

Handelssalden des Vereinigten Königreichs mit den EU-Mitgliedstaaten

Abbildung 3

Angaben für das Jahr 2014 in Millionen Euro



Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

britischen BIP, das 2014 gut 2.220 Milliarden Euro betrug. Das Handelsbilanzdefizit lag im Jahr 1999 noch bei 0,8 Prozent des BIP und hat seither mehr oder weniger kontinuierlich zugenommen. Aufgegliedert nach Mitgliedstaaten hatte das Land im Jahr 2014 mit 20 EU-Staaten einen negativen Handelsbilanzsaldo und mit sieben Ländern einen Überschuss (Abbildung 3). Im Jahr 1999 hatte das Vereinigte Königreich nur mit 16 Ländern ein Handelsdefizit und mit elf Ländern einen Überschuss. Den mit Abstand größten Importüberschuss in Höhe von über 36 Milliarden Euro realisierte es im vergangenen Jahr mit Deutschland. Im Jahr 1999 lag das Defizit gegenüber Deutschland bei 10 Milliarden Euro. Aus dem Überschuss mit Spanien in Höhe von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 1999 wurde ein Defizit in Höhe von 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2014. Im Gegensatz dazu stieg der Überschuss mit Irland von 4 Milliarden Euro im Jahr 1999 auf zuletzt 7,5 Milliarden Euro an. Auch gegenüber der übrigen Welt (ohne EU) hatte das Vereinigte Königreich beim Warenaustausch ein Defizit, das zuletzt bei 43 Milliarden Euro oder knapp 2 Prozent des britischen BIP lag.

Der Blick auf die Anteile der Lieferungen des Vereinigten Königreichs in die EU allein unterzeichnet jedoch die Bedeutung der Mitgliedschaft in der EU. Nach einer Studie von TheCityUK (2014) gehen 60 Prozent des Außenhandels des Landes in die EU und in Länder, mit denen die EU Handelsabkommen abgeschlossen hat. Wenn die anstehenden Verhandlungen über Handelsabkommen erfolgreich sind, könnte dieser Anteil sogar auf rund 85 Prozent ansteigen. Im Fall seines Austritts aus der EU müssten die Handelsabkommen allerdings angepasst oder nachverhandelt werden. Hierbei ist nicht sicher, ob das Vereinigte Königreich ähnlich gute Marktzugänge erreichen wird, da seine Verhandlungsmacht außerhalb der EU sicherlich deutlich geringer ist als die der EU insgesamt, die auf globaler Ebene mit einem sehr großen Absatzmarkt aufwarten kann.

Überschuss beim Dienstleistungshandel mit der EU

Die EU ist auch für britische Dienstleistungen der größte Absatzmarkt. Im Jahr 2014 exportierte das Vereinigte Königreich Dienstleistungen im Wert von knapp 267 Milliarden Euro. Auf den europäischen Binnenmarkt entfielen 36,7 Prozent. Beim Dienstleistungshandel fiel die EU als Handelspartner ebenfalls zurück: Im Jahr 1999 betrug der Anteil an den Dienstleistungsexporten noch 40,5 Prozent. Auf der Importseite war im gleichen Zeitraum ein Rückgang von 55,2 auf 49,1

Britische Dienstleistungslieferungen in die EU

Tabelle 1

Einnahmen des Vereinigten Königreichs und Saldo¹⁾ für das Jahr 2014 in Millionen Euro

	Einnahmen	Saldo
Finanzdienstleistungen	26.334,4	22.076,5
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	21.900,4	2.873,8
Reiseverkehr	14.576,8	-10.765,4
Transportleistungen	11.714,0	-5.117,8
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	8.591,6	2.551,8
Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	5.872,0	3.237,4
Versicherungs- und Alterssicherungsleistungen	4.830,2	4.826,6
Fertigungsleistungen an Werkstoffen anderer Eigentümer	1.434,7	1.077,6
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit	885,1	504,8
Staatliche Waren und Dienstleistungen	650,5	-1.644,6
Instandhaltungs- und Reparaturdienstleistungen	513,9	117,6
Bauleistungen	451,9	-610,1
Dienstleistungen insgesamt	97.755,5	19.128,3

1) Saldo aus Einnahmen und Ausgaben.

Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/243483/storage/master/download/tab1.xlsx

Prozent zu verzeichnen. Anders als beim Warenhandel hatte das Land beim Dienstleistungsverkehr allerdings einen Überschuss, sowohl gegenüber den EU-Staaten (19,1 Milliarden Euro) als auch gegenüber der übrigen Welt (87,5 Milliarden Euro). Der gesamte Dienstleistungsüberschuss entsprach im Jahr 2014 knapp 5 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich mit dem Jahr 1999 veränderte er sich um 3,3 Prozentpunkte. Der Dienstleistungssaldo mit der EU stieg im Betrachtungszeitraum 1999 bis 2014 von -0,3 Prozent auf 0,9 Prozent.

Etwa die Hälfte aller Dienstleistungslieferungen aus dem Vereinigten Königreich in die EU entfällt auf Finanzdienstleistungen und unternehmensbezogene Dienstleistungen (Tabelle 1). Bei den Finanzdienstleistungen hat das Land im Branchenvergleich auch den höchsten Überschuss im Handel mit der EU. Diese Position dürfte jedoch bei einem Austritt aus der EU auf den Prüfstand kommen.

Unterschiedliche Branchenverflechtungen mit der EU

Die Entwicklung des Waren- und Dienstleistungshandels gibt die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU nicht vollständig wieder. Der Blick auf die gesamten Außenhandelsdaten differenziert nicht zwischen Vorleistungslieferungen und Lieferungen für die Endnachfrage. Aber gerade in den Vorleistungsverflechtungen manifestiert sich die Aufspaltung von internationalen Wertschöpfungsketten auf verschiedene Länder. Möglicherweise kann sich vor allem bei den Wertschöpfungsketten ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Binnenmarkt besonders negativ auswirken.

Zunächst ist festzustellen, dass der Anteil der ausländischen Wertschöpfung an den Endprodukten wichtiger Industrieländer seit Mitte der 1990er Jahre deutlich zugenommen hat (Los et al., 2015). Im Vereinigten Königreich ist dies fast ausschließlich auf die Arbeitsteilung mit Ländern außerhalb der EU zurückzuführen. Der Anteil ausländischer Wertschöpfung an industriellen Endprodukten („final manufactures“) ist dort im Zeitraum 1995 bis 2008 von 21,9 auf 26,2 Prozent angestiegen, von diesem Zuwachs entfielen aber nur 0,2 Prozentpunkte auf EU-Länder (Los et al., 2015, 82).

Empirische Daten zu grenzüberschreitenden Vorleistungsverflechtungen können den World-Input-Output-Tables (WIOT) entnommen werden (Timmer, 2012). Das letzte verfügbare Jahr ist 2011. Auf Basis dieser Daten wird der Frage nachgegangen, wie stark einzelne Branchen im Vereinigten Königreich auf der Ebene der Vorleistungen in den innergemeinschaftlichen Austausch eingebunden sind. Einen Anhaltspunkt liefern hier die Anteile der Vorleistungen, die in andere EU-Mitgliedstaaten fließen und die aus anderen Mitgliedstaaten bezogen werden, jeweils gemessen an dem gesamten Vorleistungs-Output der entsprechenden Branche. Es wird die Hypothese aufgestellt, dass eine Branche umso mehr von einem britischen Austritt aus der EU betroffen wäre, je mehr sie an Vorleistungen an die anderen EU-Staaten abgibt und von dort aufnimmt.

Tabelle 2 zeigt, dass wichtige britische Industriebranchen in einem erheblichen Ausmaß in innereuropäische Wertschöpfungsketten eingebunden sind: Hierzu zählen die Chemische Industrie, die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie, die Mineralölverarbeitung sowie die Elektroindustrie. Die Chemische Industrie lieferte im Jahr 2011 fast 60 Prozent ihres Vorleistungsoutputs in andere EU-Län-

Bedeutung des Vereinigten Königreichs als Vorleistungslieferant

Tabelle 2

Anteil der Vorleistungslieferungen einer Branche in andere EU-Länder am gesamten Vorleistungsoutput dieser Branche und gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieser Branche¹⁾ jeweils in Prozent

	Ungewichteter Anteil	Gewicht ¹⁾	Gewichteter Anteil ²⁾
Leder / Lederwaren	60,5	0,02	0,01
Chemische Erzeugnisse	59,9	1,94	1,16
Kokerei / Mineralölverarbeitung / Spalt- / Brutstoffe	56,0	1,60	0,90
Textilien / Bekleidung	49,4	0,17	0,08
Elektrische / optische Ausrüstung	43,9	1,45	0,64
Kraftwagen / Fahrzeugbau	29,3	2,37	0,70
Bergbau	28,8	3,22	0,93
Metallindustrie	27,4	2,97	0,81
Gummi- / Kunststoffwaren	23,5	1,14	0,27
Maschinenbau	21,1	1,44	0,30
Banken / Versicherungen	21,0	9,78	2,05

1) Anteil der Branche am Vorleistungsoutput aller Branchen.

2) Gewichtet mit dem Anteil am Vorleistungsoutput aller Branchen.

Quellen: WIOT; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/243484/storage/master/download/tab2.xlsx

der. In der mittleren Spalte ist zur Einordnung der Branchen ihr Anteil am gesamten Vorleistungsoutput aller Branchen eingetragen. Wird dieses gesamtwirtschaftliche Gewicht der Branchen berücksichtigt, dann ändert sich das Bild allerdings deutlich: die Chemische Industrie und die Raffineriewirtschaft bleiben auf den vorderen Plätzen. Die Metall- und Fahrzeugindustrie rücken deutlich nach vorn und die Leder-, Textil- und Bekleidungswirtschaft rutschen auf die letzten Plätze ab. Die Unternehmensdienstleistungen mit einem gewichteten Anteil von 2,3 Prozent und die Finanzwirtschaft rücken wegen ihrer großen Bedeutung an die Spitze der am meisten mit dem EU-Binnenmarkt verflochtenen britischen Branchen.

Aus den WIOT-Tabellen lassen sich auch die Nettopositionen einzelner Wirtschaftszweige ermitteln. Dies liefert einen Anhaltspunkt für die Bereitschaft der EU, einem Vereinigten Königreich, das aus der EU ausgetreten ist, durch entsprechende Abkommen einen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt zu gewähren. Dahinter steht die Hypothese, dass die EU eher dazu bereit ist, den Zugang zum Binnenmarkt offenzuhalten, wenn sie in einem Bereich einen Über-

Britische Position im Vorleistungshandel mit der EU nach Branchen

Tabelle 3

Die sechs Wirtschaftszweige mit dem größten Überschuss und dem größten Defizit im Vorleistungshandel mit der EU, Angaben für 2011 in Millionen US-Dollar

	Lieferungen UK an EU	Lieferungen EU an UK	Saldo
Banken / Versicherungen	43.979,0	2.846,9	41.132,1
Unternehmensdienstleistungen	48.894,8	17.660,9	31.233,8
Bergbau	19.854,6	8.499,3	11.355,3
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- / Brutstoffe	19.200,4	8.113,2	11.087,2
Nachrichtenübermittlung	5.326,8	2.006,6	3.320,2
Chemische Erzeugnisse	24.859,6	23.830,9	1.028,7
Holzgewerbe	419,1	2.829,2	-2.410,1
Papier- / Verlagsgewerbe	3.958,6	7.700,5	-3.741,9
Maschinenbau	6.493,0	12.107,1	-5.614,1
Kraftwagen / Fahrzeugbau	14.885,4	21.217,0	-6.331,5
Metallindustrie	17.380,2	23.960,6	-6.580,4
Elektrische / optische Ausrüstung	13.627,3	21.457,9	-7.830,6

Quellen: WIOT; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/243485/storage/master/download/tab3.xlsx

schuss im Austausch mit dem Vereinigten Königreich aufweisen kann. Im Fall eines Handelsdefizits mit dem Vereinigten Königreich kann die Bereitschaft zu einem ungehinderten Zugang geringer ausfallen (Open Europe, 2015, 4).

Das Vereinigte Königreich erzielte vor allem bei Finanz- und Unternehmensdiensten einen Überschuss im Vorleistungsaustausch mit der EU (Tabelle 3). Auch bei einigen Industriebranchen – zum Beispiel im Chemie- und Energiebereich – wurden positive Salden realisiert. Diese britischen Branchen könnten somit bei einem Austritt besonders betroffen sein. Dagegen wurde bei Industriezweigen wie der Elektro-, Metall- und Fahrzeugindustrie ein Defizit realisiert, was möglicherweise geringere Anpassungslasten für die britischen Unternehmen bei einem Austritt erwarten lässt.

EU-Kapital gewinnt im Vereinigten Königreich an Bedeutung

Neben dem freien Waren- und Dienstleistungsverkehr ist der freie Kapitalverkehr eine konstituierende Freiheit im europäischen Binnenmarkt. Nutznießer der

Kapitalverkehrsfreiheit ist vor allem der britische Finanzsektor, der im Jahr 2014 einen Anteil von 8,4 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung hatte. Dies spiegelt die historisch gewachsene Arbeitsteilung innerhalb Europas wider. Das Verarbeitende Gewerbe hatte nach einer über Dekaden andauernden De-Industrialisierung nur noch einen Anteil von 9,5 Prozent. Im Durchschnitt der 15 Länder (einschließlich Vereinigtes Königreich), die bereits vor 2004 EU-Mitgliedstaaten waren, hat der Finanzsektor dagegen nur einen Anteil von 5,6 Prozent an der gesamten Wertschöpfung, das Verarbeitende Gewerbe jedoch ein Gewicht von knapp 15 Prozent.

Der freie Kapitalverkehr garantiert auch den unbeschränkten Zugang für Direktinvestitionen innerhalb der EU. Im Fall des Vereinigten Königreichs hat dies nicht nur den Vorteil, dass das Land ohne Zugangsbeschränkungen Direktinvestitionen in den anderen Mitgliedstaaten tätigen kann. Vielmehr ist es auch als Standort für Direktinvestitionen aus Drittländern attraktiv, weil die Investoren von dort ungehinderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt haben. Gerade US-Investoren nutzen das Vereinigte Königreich – auch wegen der gleichen Sprache und ähnlicher ökonomischer Traditionen – als Brückenkopf zur EU.

Tabelle 4 stellt die Bestände an Direktinvestitionen des Vereinigten Königreichs im Ausland und ausländischer Investoren im Vereinigten Königreich für die Jahre 2004 und 2013 nach Regionen und ausgewählten Ländern dar. Die Bestände an Investitionen aus der EU stiegen im Zeitraum 2004 bis 2013 mit 180 Prozent stärker an als die aus Amerika (+128 Prozent) und aus den asiatischen Ländern (+171 Prozent). Besonders dynamisch war die Entwicklung der Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich aus den im Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten. Hier konnten zum Teil vierstellige Zuwachsraten verbucht werden, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus. Bemerkenswert erscheint, dass von den vor 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten Luxemburg um über 800 Prozent und Österreich um über 500 Prozent ihre Bestände an Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich steigerten. Aufgrund dieser unterschiedlichen Dynamik wiesen die Vereinigten Staaten für das Jahr 2013 mit 27 Prozent einen um fast 7 Prozentpunkte niedrigeren Anteil als 2004 auf. Die asiatischen Länder erhöhten ihren Anteil geringfügig auf knapp 7 Prozent. Dagegen verbesserten die EU-Mitgliedstaaten ihre Position leicht um 2 Prozentpunkte auf über 46 Prozent. Während die deutschen und französischen Anteile deutlich zurückgingen, bau-

Direktinvestitionen des Vereinigten Königreichs

Tabelle 4

Bestände nach Regionen und Ländern in Milliarden Pfund und in Prozent des gesamten Bestands an Direktinvestitionen¹⁾

Direktinvestitionen des Vereinigten Königreichs im Ausland

	2004		2013	
	Milliarden Pfund	Prozent	Milliarden Pfund	Prozent
Europa	382,1	59,2	528,9	51,1
Europäische Union	348,6	54,0	447,5	43,2
Niederlande	131,1	20,3	122,2	11,8
Luxemburg	81,7	12,7	96,7	9,3
Frankreich	35,3	5,5	54,1	5,2
Irland	29,1	4,5	43,5	4,2
Brit. Kanalinseln / Isle of Man	15,7	2,4	43,2	4,2
Amerika	182,1	28,2	318,6	30,8
USA	140,3	21,7	241,2	23,3
Asien	47,3	7,3	108,4	10,5
Australien, Ozeanien	16,9	2,6	45,8	4,4
Afrika	17,4	2,7	33,3	3,2
Welt	645,7	100,0	1.035,0	100,0

Ausländische Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich

	2004		2013	
	Milliarden Pfund	Prozent	Milliarden Pfund	Prozent
Europa	181,2	49,9	547,7	56,1
Europäische Union	161,4	44,4	452,5	46,4
Niederlande	47,6	13,1	150,6	15,4
Frankreich	41,1	11,3	77,8	8,0
Deutschland	39,3	10,8	58,1	6,0
Luxemburg	6,0	1,6	54,7	5,6
Spanien	4,5	1,2	53,7	5,5
Brit. Kanalinseln / Isle of Man	3,5	1,0	49,2	5,0
Amerika	140,1	38,5	319,3	32,7
USA	122,1	33,6	262,5	26,9
Asien	24,8	6,8	67,3	6,9
Australien, Ozeanien	16,8	4,6	39,3	4,0
Afrika	0,5	0,1	1,9	0,2
Welt	363,4	100,0	975,4	100,0

1) Um Wechselkurseffekte zu vermeiden, werden die Angaben in Pfund ausgewiesen. Der Wechselkurs Euro gegenüber Pfund belief sich 2004 auf 0,68 Pfund je Euro und 2013 auf 0,85 Pfund je Euro.

Quellen: ONS, 2015a; 2015b; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

ten Unternehmen mit Sitz auf den britischen Kanalinseln und der Isle of Man ihr Gewicht aus. Da hier vorwiegend Holdinggesellschaften angesiedelt sind, sind Rückschlüsse auf das eigentliche Herkunftsland nicht möglich.

Bei den Direktinvestitionsbeständen des Vereinigten Königreichs in anderen Ländern dominierten im Jahr 2013 die EU-Staaten als Zielregion mit gut 43 Prozent. Der amerikanische Kontinent nahm bis dahin knapp 31 Prozent aller britischen Bestände an Direktinvestitionen auf. Asien folgte mit gut 10 Prozent an dritter Stelle. Ein Zeitvergleich ergibt jedoch ein anderes Bild als die Zuflüsse in das Vereinigte Königreich: Die britischen Direktinvestitionen in der EU stiegen im Zeitraum 2004 bis 2013 zwar um rund 100 Milliarden Pfund oder knapp 30 Prozent auf knapp 450 Milliarden Pfund an. Dagegen erhöhten sich die britischen Bestände an Direktinvestitionen in Amerika gleichzeitig um 75 Prozent und in Asien sogar um 130 Prozent. Dies hatte zur Folge, dass es zu Anteilsverschiebungen kam, mit einem relativen Rückgang der Direktinvestitionsbestände mit Herkunft aus der EU. Im Jahr 2004 hatte diese Zielregion noch einen Anteil von 54 Prozent. Auch einzelne EU-Zielländer wie die Niederlande oder Luxemburg mussten teils deutliche Anteilsverluste hinnehmen. Während der europäische Binnenmarkt als Zielregion für britische Direktinvestitionen in den betrachteten zehn Jahren an Bedeutung verlor, konzentrierten sich britische Unternehmen stärker auf die außereuropäischen Märkte. Ein britischer Austritt aus der EU kann zu einer Umlenkung von britischen Direktinvestitionen in die EU führen, weil diese Investitionen den Zugang zum europäischen Binnenmarkt öffnen und helfen, mögliche Handelsbarrieren zu überwinden. Dies kann einen stärkeren direkten Kapitalzufluss von Drittländern in die EU auslösen.

Zunehmende Einwanderung aus Mittel- und Osteuropa

Ein Streitpunkt der britischen Innenpolitik ist die Zuwanderung. Bei der Eurobarometerumfrage vom Herbst 2014 (Eurobarometer, 2014), die in allen Mitgliedstaaten der EU durchgeführt wurde, nannten 38 Prozent der Briten die Einwanderung als das derzeit wichtigste Problem. Während zunächst die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Zuwanderer in der Kritik stand, wird inzwischen auch die Arbeitsmigration aus den südlichen sowie mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten kritisch gesehen (Menon, 2015, 3; Ondarza, 2015, 6).

Derzeit leben im Vereinigten Königreich 2,6 Millionen Personen mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates. Das ist gegenüber 2001 eine Zunahme um 1,6 Millionen Personen. Die Bevölkerung mit der Staatsangehörigkeit eines Drittlandes hat gleichzeitig um rund 780.000 Personen zugenommen. Die Anzahl der eingewanderten EU-Bürger ist somit überdurchschnittlich angestiegen. Besonders die Bürger aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten haben hierzu beigetragen. Die Mehrzahl der Briten, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, zog es nach Irland und Spanien. Während die Anzahl der Briten, die in Irland leben, in den letzten Jahren bei 116.000 Personen in etwa stabil geblieben ist, hat sich die Anzahl der Briten, die nach Spanien gingen, von knapp 88.000 Personen im Jahr 2000 auf zuletzt 310.000 Personen mehr als verdreifacht.

Im Jahr 2014 belief sich die Anzahl der Beschäftigten mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Landes im Vereinigten Königreich auf 1,7 Millionen Personen. Das entspricht 5,8 Prozent aller dort Beschäftigten. 700.000 Personen stammen aus den 15 EU-Mitgliedstaaten, die vor 2004 zur EU gehörten, und 1 Million Personen aus dem Kreis der seit 2004 der EU beigetretenen Länder. Bei der Beschäftigung spiegelt sich wider, was die Entwicklung der Bevölkerungszahlen gezeigt hat. Gegenüber dem Jahr 2006, dem frühesten Jahr für das von Eurostat Daten ausgewiesen werden, ist die Anzahl insgesamt um knapp 918.000 Personen angestiegen, wobei ein Plus von knapp 230.000 Personen auf die 15 EU-Länder von vor 2004 und ein Zuwachs von 690.000 Personen auf die nach 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten entfällt.

Im Vergleich mit den anderen großen EU-Staaten liegt das Vereinigte Königreich mit einem Anteil von 5,8 Prozent der ausländischen Beschäftigten mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Landes an der Spitze. Deutschland kommt auf 4,7 Prozent, Spanien auf 4,3 Prozent, Italien auf 3,4 Prozent und Frankreich auf 2,4 Prozent. Im Vergleich mit diesen vier Ländern ist auch der Anteil der Beschäftigten mit einer Staatsangehörigkeit aus einem EU-Mitgliedstaat, der nach 2004 beigetreten ist, im Vereinigten Königreich mit 3,4 Prozent am höchsten. Deutschland kommt auf 2,1 Prozent, Italien auf 3,1 Prozent, Spanien auf 2,5 Prozent und Frankreich nur auf 0,2 Prozent. In einigen kleineren EU-Mitgliedstaaten liegt der Anteil der ausländischen Beschäftigten mit der Staatsangehörigkeit eines EU-Landes deutlich höher: in Luxemburg (47,2 Prozent), Irland (10,9 Prozent) und Österreich (7,4 Prozent).

Ein Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU bietet der britischen Regierung die Möglichkeit, die Zuwanderung und die grenzüberschreitende Arbeitsmobilität zu beschränken. Zum einen könnte dies zu einer Umlenkung von Migrationsströmen innerhalb Europas führen. Zum anderen hätte dies aber auch entsprechende Auswirkungen auf die zukünftige Humankapitalausstattung innerhalb Europas.

Folgenreiche Entscheidungen

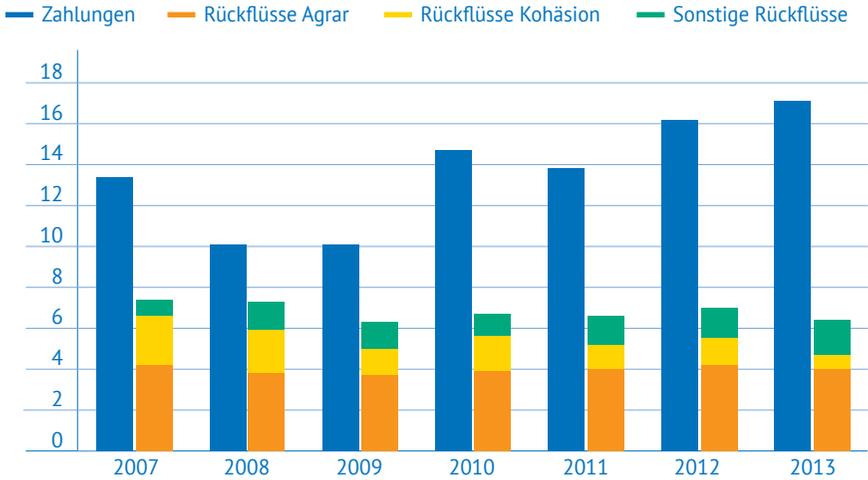
Der europäische Binnenmarkt ist für die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs, trotz der in den letzten zehn Jahren anteilmäßig geringer gewordenen Handelsaktivitäten, nach wie vor von vorrangiger Bedeutung. Rund die Hälfte der britischen Warenexporte und Warenimporte wird mit den EU-Ländern getätigt. Im Dienstleistungshandel wird mit den EU-Ländern ein Überschuss in einer Größenordnung von knapp 20 Milliarden Euro erwirtschaftet. Über die Vorleistungsverflechtungen sind die britischen Wirtschaftsbereiche in einem unterschiedlich starken Ausmaß in die europäischen Wertschöpfungsketten eingebunden. Dies verdeutlicht auch, welche Branchen von einem Austritt aus der EU, dem sogenannten Brexit, besonders stark beeinträchtigt würden. Dies wäre allerdings nur dann der Fall, wenn es tatsächlich zu tarifären und nicht tarifären Handelshemmnissen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU käme. Während sich die Briten bei den eigenen Direktinvestitionen in den vergangenen zehn Jahren anteilmäßig stärker auf die außereuropäischen Märkte konzentrierten, gewannen die EU-Länder als Kapitalgeber relativ an Bedeutung.

Einschränkungen beim internationalen Leistungsaustausch mit dem Vereinigten Königreich beeinträchtigen aber nicht nur die britische Wirtschaft. Auch die Partner in anderen EU-Ländern hätten Einbußen infolge einer eingeschränkten Arbeitsteilung zu erwarten. Dies gilt auch für die fiskalischen Beziehungen innerhalb der EU. Abbildung 4 zeigt hierzu die britischen Zahlungen an die EU und die Rückflüsse aus dem EU-Haushalt in das Vereinigte Königreich. Die Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen des EU-Haushalts beliefen sich im Jahr 2013 auf jeweils knapp 150 Milliarden Euro. Bei einem Austritt der Briten würden EU-Ausgaben, die in das Vereinigte Königreich fließen, in Höhe von 6,3 Milliarden Euro wegfallen. Auf der Einnahmenseite der EU würden bezogen auf das Jahr 2013 britische Beiträge in Höhe von 17,1 Milliarden Euro fehlen. Die Differenz

Die finanziellen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU

Abbildung 4

Zahlungen an den und Rückflüsse aus dem EU-Haushalt in Milliarden Euro



Quellen: Europäische Kommission, 2013; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/243490/storage/master/download/abb4.xlsx

von knapp 11 Milliarden Euro müsste dann von den anderen EU-Ländern aufgebracht werden. Für Deutschland könnten sich die Mehrbelastungen – auf Basis des EU-Haushalts von 2013 – auf 2,7 Milliarden Euro belaufen. Frankreich würde mit 2 Milliarden Euro belastet, Italien mit 1,5 Milliarden Euro.

Neben diesen fiskalischen Implikationen hätte ein Brexit auch nicht unerhebliche Folgen für die EU-Politik. Zum einen nimmt ihre weltwirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung ab, weil die EU gemessen am Bruttoinlandsprodukt rund 15 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung verlore. Zum anderen würde ein liberal eingestellter und insgesamt weltoffener Partner in der EU fehlen, was die gesamte ordnungspolitische Ausrichtung der EU verändern könnte.

Literatur

Busch, Berthold, 2014, Das Vereinigte Königreich vor dem Austritt aus der Europäischen Union?, IW policy paper, Nr. 9, Köln

Eurobarometer, 2014, Standardeurobarometer, Nr. 82, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_en.htm [12.5.2015]

Europäische Kommission, 2013, Finanzbericht, http://ec.europa.eu/budget/financialreport/2013/foreword/index_en.html in Verbindung mit http://ec.europa.eu/budget/revexp/revenue_and_expenditure_files/data/revenue_and_expenditure_en.xls [25.5.2015]

Los, Bart / Timmer, Marcel P. / Vries, Gaaitzen J. de, 2015, How global are global value chains? A new approach to measure international fragmentation, in: Journal of Regional Science, 55. Jg., Nr. 1, S. 66–92

Matthes, Jürgen, 2010, Die Bedeutung der Schwellenländer für deutsche Warenexporte, in: IW-Trends, 37. Jg., Nr. 1, S. 15–30

Menon, Anand, 2015, The UK and the EU: In or Out?, Fondation Robert Schuman, policy papers, European Issues, Nr. 354, v. 28.4.2015

Ondarza, Nicolai von, 2015, Das verunsicherte Königreich, SWP-Aktuell, Nr. 45, April, Berlin

ONS – Office of National Statistics, 2015a, Foreign Direct Investment involving UK companies 2013. Inward Reference Tables, <http://www.ons.gov.uk/ons/publications/re-reference-tables.html?edition=tcm%3A77-352005> [5.5.2015]

ONS, 2015b, Foreign Direct Investment involving UK companies 2013. Outward Reference Tables, <http://www.ons.gov.uk/ons/publications/re-reference-tables.html?edition=tcm%3A77-352005> [5.5.2015]

Open Europe, 2015, The impact of Brexit on the UK's key export sectors, Briefing, Nr. 03/2015, London u. a.

TheCityUK, 2014, Analysing the case for EU membership, London

Timmer, Marcel, 2012, The World Input-Output Database (WIOD): Contents, Sources and Methods, <http://www.wiod.org/publications/papers/wiod10.pdf> [11.8.2015]

How Closely is the UK Economy Integrated with the European Union?

The European single market is of prime importance for the British economy. However, since the turn of the millennium, the relative position of the EU for British exports of goods and services has declined. The United Kingdom has a trade deficit with the EU in goods, but a trade surplus in services. While the significance of the United Kingdom for direct investments from the EU member states has increased, Britain itself has invested more and more in non-European markets. In cross-border trade in intermediate inputs the UK is relatively closely integrated with the continent not only in finance and business services but also in some manufacturing sectors, such as chemicals and energy. After a so-called Brexit new obstacles to cross-border trade in goods and services could affect these sectors particularly severely.